

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
Vollbuchhandlung
Göttingen-Zürich.
Postsendungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz fallen
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Wierteljahrespreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kontingenz)
Fr. 3.— für Deutschland (Kontingenz)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Kontingenz)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kontingenz).
Inserate
Die dreizehnpaltige Zeile für
25 Gts. — 20 Pfg.

N. 27.

Donnerstag, 29. Juni.

1882.

Lesen an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich vertrieben ist, bzw. verfolgt wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Rücksichtnahme darauf werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptforderung ist hierzuerst, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag Briefe schreiben, sondern sich möglichst an irgend eine unabhängige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; anderseits aber, daß auch uns möglichst unversandliche Zustellungsbefehle mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größerer Sicherheit Retromarkierung. Somit an uns liegt, werden wir gewiß weder Rübe noch Raub lesen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Unsere auswärtigen Abonnenten.

Filialen, Vertrauensleuten u. legen wir ans Herz, Abrechnungen und Abonnementsrenewierungen, soweit noch nicht erfolgt, ungesammt zu bewirken, ebenso wollen alle Abonnenten an unsere Vertrauensleute unbedingt während des ersten Monats im Quartal Zahlung leisten, damit keine Unterbrechung in der Lieferung eintreten muß. Unsere Vertrauensadressen sind bekannt. Alle Lieferungen erfolgen nur auf Gefahr der Besteller. Briefmarken aller Länder werden für voll angenommen. Größere Beträge in Papiergeld oder Post-Einzahlung. Da viele auswärtige Besteller, besonders in Deutschland, sowie in Oesterreich, ihre Briefe immer wieder ungenügend frankieren, wodurch uns erhebliche Verluste durch Strafportos entstehen, so bemerken wir hiemit wiederholt:
Einfache Briefe (bis zu 15 Gramm) nach der Schweiz kosten:
aus Deutschland (und dem übrigen Ausland) . . . 20 Pfg.
aus Oesterreich-Ungarn 10 Kr.
Bei schwereren Briefen kosten immer je 15 Gramm weitere 20 Pfg., bzw. 10 Kr.
Die Genossen wollen hierauf in Zukunft um so mehr achten, als wir ungenügend frankierten Sendungen in der Regel die Annahme verweigern müssen.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Eine falsche Parole.

Heute, wo alle Welt in Sozialismus wacht, wo derselbe fast zum Modewort geworden ist, müssen wir immer wieder auf den fundamentalen Unterschied aufmerksam machen, der zwischen unsern Bestrebungen und denen der auf dem Boden der heutigen Gesellschaft stehenden Sozialreformer herrscht.
Wir unterscheiden da zunächst zwei große Gruppen der letztern Kategorie. Diejenigen, welche im Grunde nur einige Unbequemlichkeiten der heutigen Ausbeutungsmethode ausmerzen wollen, denen es nicht um die Emanzipation des Proletariats, sondern nur um die Abfindung desselben zu thun ist, oft sogar nicht einmal darum, und diejenigen, welche theoretisch die letzten Konsequenzen ziehen, aber nicht auf die revolutionäre Aktion des Proletariats rechnen und daher den Sozialismus stückweis einführen wollen. Die letzteren Leute sehen sich deshalb auf ein Zusammengehen mit bestimmten Elementen der bürgerlichen Gesellschaft angewiesen und auf Durchführung solcher, nach ihrer Meinung sozialistischer oder zum Sozialismus führender Reformen, welche von diesen Elementen akzeptiert werden.
In diese Kategorie gehört die Mehrzahl aller ehrlichen Sozialisten. Ihre Parole lautet: Schon in der heutigen Gesellschaft soviel Sozialismus als nur immer möglich!
Wir halten diese Parole für eine falsche, auf einem verhängnisvollen Irrthum beruhende, dem nämlich, daß staatlicher oder kommunaler Betrieb und Sozialismus dasselbe seien. Da diese Ansicht aber auch in Arbeiterkreisen vielfach verbreitet ist, so halten wir es für unsere Pflicht, hier nachzuweisen, weshalb wir sie für falsch halten und bekämpfen. Wir lassen zu diesem Zweck zunächst wieder einmal Genosse Lafargue sprechen, der in der neuesten Nummer der Egalité einer ähnlichen Anschauung entgegentritt.

In der kapitalistischen Gesellschaft, sagt Lafargue, ist die Umwandlung gewisser Industrien in öffentliche Betriebe (service public) die letzte Form der kapitalistischen Ausbeutung. Da diese Umwandlung den Bourgeois vielfache und unbestrittene Vorteile liefert, so sehen wir die gleichen Industrien in allen kapitalistischen Ländern öffentliche Dienstleistungen werden (Polizei, Münze, Posten, Telegraphen u.)
Gewisse monopolisirte Industrien werden in den Händen großer Privatgesellschaften zu so mächtigen Mitteln der Ausbeutung anderer Kreise der Bourgeoisie, daß sie die ganze Bourgeoisordnung gefährden. So war z. B. der elektrische Telegraph in Frankreich von Anfang an Staatsindustrie, das politische Interesse der Regierung erforderte es. In England und den Vereinigten Staaten, wo das Interesse nicht bestand, wurde er von Privatgesellschaften errichtet. Die englische Regierung mußte ihre Telegraphenlinien im Interesse Aller, insbesondere der Spekulanten, die dabei standaloe Profite einheimsten, zurückkaufen. In den Vereinigten Staaten sind die Telegraphen noch Privatindustrie, sie sind das Monopol einer Bande von Spekulanten, welche die gesammte Presse des Landes beherrscht. Diese Spekulanten liefern nur den Zeitungen Telegramme, welche sich ihrer Macht fügen und ihnen einen so gewaltigen Satz bezahlen, daß viele Journale, welche ihn nicht erschwingen können, auf telegraphische Berichte verzichten. In Amerika sind letztere aber der wichtigste Theil der Zeitungen, sie ihnen entziehen, heißt sie zum Tod oder zum Siechtum verdammen. In dieser republikanischen Republik, welche das Ideal der kühnsten Träume unserer Liberalen ist, hängt die Freiheit der Presse von dem Belieben

einer Handvoll Spekulanten ab, die weder Regierungsgewalt noch Verantwortlichkeit, sondern lediglich die Telegraphen im Besitz haben.

Das Monopol der Eisenbahnen ist so ungeheuerlich, daß eine Gesellschaft nach ihrem Belieben mit Differential- oder Begunstigungstarifen eine Industrie, eine Stadt ruinieren kann. Die Gefahr, der die Gesellschaft dadurch ausgesetzt ist, daß die Verkehrsmittel Privaten gehören, wird von den Bourgeois so sehr empfunden, daß in Frankreich, in England, in den Vereinigten Staaten Bourgeois in ihrem eigenen Interesse die Umwandlung der Eisenbahnen in öffentliche Betriebe (Staatsbetrieb) fordern.

Einen höchst charakteristischen Beleg hierfür finden wir in der uns heute zugegangenen Nummer der „New-Yorker Volkszeitung“. Unser amerikanisches Parteiorgan hat nach Pittsburgh, dem Zentralort des hochinteressanten Niesenstreiks, der sich gegenwärtig in den Eisenbahndistrikten Pennsylvaniens abspielt, einen Bericht erstatter geschickt, der u. A. den dortigen „American Iron Works“, dem größten Eisenwalzwerk der Vereinigten Staaten, einen Besuch abstattete. Er traf dort den Besitzer Tom Jones und schreibt über ihn u. A. folgendes:

„Jones ist ein eifriger Antimonopolist (d. h. Gegner des Monopols der großen Privatgesellschaften). Wie ein Kohrspa schimpft er auf Vanderbilt (den „Eisenbahnkonig“), der jetzt eine Eisenbahn den Monongahela River entlang baut. Vanderbilt berechnet Herrn Jones mehr für Fracht von Pittsburgh nach New-York als anderen Leuten von Chicago. Das ist allerdings sehr Unrecht, und deshalb muß den Monopolisten, wie Mr. Jones sagte, eine Lektion erteilt werden. Daß er selbst und seine Kompagnons in dessen Monopolisten sind, die den von ihnen Arbeitern erzeugten Reichtum monopolisiren und den Arbeitern nicht einmal gestatten wollen, sich satt zu essen und in guten Häusern zu wohnen, daran dachte Mr. Jones nicht, als er auf Vanderbilt schimpfte.“

Wir könnten diesem Beispiel, das wir deshalb anführen, weil es durchaus aktuell ist, nicht minder drastische aus unserer eigenen Erfahrung aus Deutschland anfügen, es gäbe das ein sehr lustiges Kapitel, wir verzichten aber darauf und fahren in unserm Thema fort.

Noch ehe diese Umwandlung (der Eisenbahnen in Staatsbetrieb) vollzogen wird, hat der Staat bereits im Interesse der von den Eisenbahnkonigen geschöpften Grundbesitzer und Industriellen bei der Festsetzung der Tarife interveniren und Normalfae aufstellen müssen. Obwohl diese Art, die Tätigkeit der Gesellschaften zu kontrolliren, wenig wirksam ist, stellt sie doch ein Eingreifen des Staats in eine Industrie dar und ist eine Stufe ihrer Umwandlung in Staatsbetrieb.

In der kapitalistischen Gesellschaft wird eine Privatindustrie nur Staatsbetrieb, um den Interessen der Bourgeoisie besser zu dienen; die Vorteile, welche diese davon hat, sind verschiedener Art; wir haben gezeigt, welche Gefahren gewisse, der individuellen Ausbeutung überlassene Industrien, nach sich ziehen, die aber aufhören oder beträchtlich verringert werden, wenn der Staat dieselben leitet. Aber es gibt noch andere.

Indem der Staat die Verwaltungen zentralisirt, verringert er die allgemeinen Kosten. Man beschuldigt den Staat, er kaufe theuerer als die Privatindustrie, es ist das nicht immer der Fall, wenn es sich darum handelt, Verkehrswege einzurichten, eine der schwierigsten und komplizirtesten Unternehmungen der modernen Industrie. Die Eisenbahn von Alais bis zur Rhone kostet pro Kilometer zirka 700,000 Franken. Herr Freycinet, der nicht um eines Butterbrodes willen Leiter der Bourgeoisie ist, hat, auf positive Angaben gestützt, nachgewiesen, daß der Staat Eisenbahnen um 250,000 Fr. pro Kilometer bauen könnte.

Der Staat kann also die Kosten der öffentlichen Betriebe, die er ausbeutet, sehr merkbar vermindern. Den Hauptvorteil davon hat natürlich die Bourgeoisie, man vergleiche nur, wie stark sie die Post in Anspruch nimmt und wie wenig es der Proletarier im Allgemeinen thut.

Die öffentlichen Betriebe werden für die Politiker ein Mittel, ihre Kreaturen unterzubringen und den Bourgeoisfohnchen gute und fetten Sinekuren zu verschaffen. Herr Cochet z. B. hat lukrative Postämter an Orleansisten, u. A. dem Sohn des Senator Laboulaye verliehen.

Die Kämpfer der Arbeiterpartei sollen und müssen in ihren Debatten mit Bourgeoispolitikern und Journalisten sich dieser Umwandlung ehemaliger Privatindustrien in öffentliche Dienste als Beweise dafür bedienen, wie die Bourgeoisie selbst durch die Macht der Thatfachen gezwungen wird, ihre eigenen Prinzipien zu bekämpfen, nach denen der Staat keinen Industriezweig der Privatindustrie entziehen darf; aber sie dürfen nicht wünschen und noch weniger verlangen, daß neue Industrien in öffentliche Betriebe umgestaltet werden, und zwar aus verschiedenen Gründen.

Einmal hat die Arbeiterpartei kein Interesse daran, die Konflikte, welche die Bourgeoisie spalten, beizulegen, sondern eher sie zu schärfen; denn diese Kämpfe befördern die Desorganisation der herrschenden Klassen; dann aber vermehrten die öffentlichen Betriebe den korruptirenden Einfluß der Bourgeoispolitiker, denn die

Staatsarbeiter sind weit weniger als die Arbeiter der Privatindustrie in der Lage, Streik zu machen und mit ihren Ausbeutern Kämpfe einzugehen.

Der einzige sozialistische Grund, den man für diese Umwandlung in's Feld führen könnte, wäre vielleicht der, daß sie die revolutionäre Expropriation vereinfachen würde. Wir haben bereits in früheren Artikeln darauf hingewiesen, daß dieser Grund nicht stichhaltig ist. Die Konzentration der Betriebe geht auch ohne die Umwandlung derselben in staatliche mit Riesenschritten vorwärts, und zwar vollzieht sie sich in viel revolutionärer und revolutionarere Weise als sie der heutige Bourgeoisstaat bewirken kann oder wird. Ob z. B. die Pferdeeisenbahnen, die Gasanstalten u. Berlins Aktiengesellschaften sind oder der Staat bezw. dem Staat gehören, ist für den Bourgeois — ob Groß, ob Kleinbürger — eine viel wichtigere Frage als für den Arbeiter, für den die etwaigen Vorteile der Verstaatlichung bezw. Kommunalisierung durch eine Reihe von Nachtheilen mindestens aufgehoben werden. Das siegreiche Proletariat aber wird mit den Herren Feig und Pinkus oder den Direktoren der „International Continental-Gas-Association“ keine Minute länger zu thun haben als mit dem Berliner Magistrat bezw. Herrn Raybach oder sonst einem Kommiss Bismarcks.

Es ist von unserer Seite hin und wieder der Ausdruck gebraucht worden: wir nehmen auch Abschlagszahlungen. Das ist ein sehr bedenkliches Wort. Es gibt Abschlagszahlungen, die nur gegeben werden, um die eigentliche Schuldforderung nicht zahlen zu brauchen, und ebenso gibt es Abschlagsreformen, die nur den Zweck haben, einen winzigen Bruchtheil der arbeitenden Bevölkerung mit dem heutigen Zustand der Dinge auszufohren, die große Masse aber mit der trostreichen Hoffnung einzuschläfern, daß nun auch an sie bald die Reihe kommen werde. Die Verstaatlichung der den öffentlichen Dienstleistungen dienenden Betriebe ist aber lediglich eine Abschlagszahlung an den — Schuldner, sie liegt, wie oben gezeigt, im Interesse der Bourgeoisie, verstärkt deren Macht anstatt sie zu schwächen.

Ist es unsere Aufgabe, für die Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer zu holen? Herrn Vanderbilt zu beseitigen, damit Herr Tom Jones und dessen Spitzhenseln noch progibiger gegen die Arbeiter auftreten können? Wir denken, nein. Ueberlassen wir diesen „Sozialismus“ der Bourgeoisie, und wenn wir Reformen verlangen oder uns auf solche einlassen, dann sei unsere erste Bedingung, daß sie der Arbeiterklasse von direktem und nachweisbarem Nutzen sind. Leo.

Klassenjustiz.

„Alle Reichstagsabgeordnete, welche der Bismarck-Beleidigung angeklagt wurden, wurden freigesprochen“, jubelt die liberale Presse aller Fraktionen und singt Baane auf den „unabhängigen Richterstand“, der sich der anstürmenden Reaktion im Namen des Gesetzes entgegengeworfen und ihr siegreich Halt geboten habe.

Komisch, diese Loblieder in einem Moment, wo die französische Nationalversammlung sich genöthigt gesehen hat, im Namen der Freiheit die Absehbareit der Richter zu dekretiren, weil die „unabhängigen Richter“ Werkzeuge und Handlanger der Reaktion geworden waren.

Komisch und — vertrogen. Nicht alle Bismarck-Beleidigten Abgeordneten sind freigesprochen worden, sondern nur die Bismarck-Beleidigten Bourgeois-Abgeordneten. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Der sozialdemokratische Abgeordnete Liebknecht hat bekanntlich für Bismarck-Beleidigung und ähnliche Verbrechen zwei Monate zudiktirt bekommen.

Die Nichtverurtheilung der Bourgeois und die Verurtheilung des Sozialdemokraten wegen einer und derselben Handlung ist so recht charakteristisch. Der Richter soll nicht nach der Person urtheilen, einzig und allein nach der Handlung, so lautet das theoretische Gebot; und es gibt Sempel, die da glauben, diesem Gebot nach werde Recht gesprochen. Bei sogenannten gemeinen Vergehen ist dies unzweifelhaft — soweit es sich um den Willen handelt — vielfach der Fall. Jedoch auch nur bis zu einem gewissen Punkte. Und zwar hauptsächlich bei sogenannten Vergehen gegen die Person, wo die Klassenunterschiede und Klasseninteressen weniger ins Spiel kommen.

Anders ist's schon bei Verbrechen gegen das Eigenthum. Da das Bourgeois-Eigenthum der Diebstahl ist, d. h. Fremdtum, einem Andern gekohlene Eigenthum, so kann nach Bourgeoisbegriffen bloß diejenige Form des Eigenthumsvergehens strafbar sein, welche gegen die Bourgeoisie praxis verstößt. Jemand das Taschentuch oder Portemonnaie aus dem Saal stibigen, ist strafbar, denn in dieser Form steht der Bourgeois nicht; aber Jemand durch Verkauf gefälschter Waaren, werthloser Wertpapiere, durch Gründungen u. s. w. um einen Theil seines Vermögens oder sein ganzes Vermögen bringen, das ist nicht strafbar nach Bourgeoisbegriffen. Und deshalb sprachen seiner Zeit die Bourgeoisgeschworenen in Wien den Millionendieb Ritter von Osenheim frei, und wurde der Millionendieb Straussberg in Berlin nicht einmal vor Gericht gestellt. Denn die Anschauungen der Bourgeoisie sind die herrschenden in Staat und Gesellschaft, und sie gelten auf dem Sessel und auf dem Richterstuhl, ebenso wie auf der Bank der Geschworenen.

Geht schon die sogenannte Unparteilichkeit bei den Eigenthumsvergehen in die Brüche, dann hört sie vollends auf bei den sogenannten poli-

ischen Vergehen und Verbrechen, die ihrer Natur nach nur Partei-
sache sind.

Was ein Diebstahl, ein Mord ist, läßt sich zur Noth allgemein gültig
definieren. Was ein politisches Vergehen oder Verbrechen ist, läßt sich
überhaupt nicht definieren. Was der herrschenden Partei oder Richtung
missfällt, ist politisches Vergehen oder Verbrechen — jede andere Defini-
tion ist eitel Schwindel und Heuchelei. Da nun aber was der einen
Partei in sich fällt, der andern Partei gefällt, so hängt es ausschließlich
von der Parteilichkeit und Anschauung des Richters ab, was ein politi-
sches Vergehen oder Verbrechen ist, und was nicht.

Herr Bismarck mit seiner antibürgerlichen Wirtschafts- und Sozial-
politik ist selbstverständlich der Bourgeoisie nicht nach dem Geschmack;
während sie früher, solange Bismarck ihr Götz war, eine Bismarck-
beleidigung für ein größeres Verbrechen hielt, als eine Majestätsbelei-
digung, erblickt sie heute in einer Majestätsbeleidigung etwas durchaus
Berechtigtes — und die Bismarckbeleidiger werden freigesprochen,
gerade wie Ende der Vier und Anfang der Vier Jahre jeder Gegner
der „reaktionären“ Regierungen von den Schwurgerichten und häufig
auch von den Berufsrichtern freigesprochen wurden.

Nur darf der Bismarckbeleidiger kein Sozialdemokrat sein.
Sozialdemokratische Gesinnung ist unter allen Umständen straf-
bar; selbst wenn sie der Bourgeoisie das Vergnügen bereitet, sich in
einer Bismarckbeleidigung Luft zu machen.

So ist es dennoch durchaus logisch und natürlich, daß die von Bour-
geoisideen durchseuchten Richter den Sozialdemokraten Liebsteht wegen
der nämlichen Handlung verurteilt haben, die ihnen bei den Bourgeois:
Dohn, Runkel, Rommeln u. s. w. straflos und ganz in der Ordnung
erschieden ist.

Unsere Justiz ist eben keine Rechtsprechung, es ist mehr oder
weniger verhäßte Klassenjustiz, eine mehr oder
weniger verhäßte Form des Klassenkampfes!

Unsere Vertretung im Reichstage.

Rede des Genossen Hasenclever vom 14. Juni 1882 über das
Tabakmonopol.

Nach dem stenographischen Bericht.

Abgeordneter Hasenclever: Meine Herren, schon bei der ersten
Berathung hat der sozialistische Redner erklärt, daß wir gegen das
Monopol stimmen werden. Der Herr Abgeordnete Richter (Hagen) hat
nun vor einigen Tagen gesagt, daß wir eigentlich dem Monopol zu-
stimmen müßten; dies aus Abneigung gegen den Reichskanzler würden
wir dagegen stimmen. Der Herr Abgeordnete hat nicht Recht. Wir
stimmen neben einigen anderen Gründen hauptsächlich deshalb gegen das
Monopol, weil es eben nicht sozialistisch ist; denn wäre es sozialistisch,
würden wir keinerlei Bedenken tragen, für dasselbe zu stimmen, auch
wenn Herr Bismarck es ist, der es darbietet. Wenn der Herr Reichs-
kanzler mit seinen sozialistischen Plänen, die er uns vorlegt, die
Absicht hätte, die Interessen der Arbeiter zu wahren — er erklärte ja
heute, er sei der Vertreter der Massen —, so würden wir dem schon
zustimmen. Aber dem ist nicht so; wundert man sich vor allen
Dingen dabei darüber, daß das eine oder andere, welches auf die Interessen-
wahrung der Arbeiter hinzielt, welches vorher so oft bei den Wählern
gebraucht wurde: das Monopol solle das Patrimonium der Arbeiter
sein, der Ertrag des Monopols solle für die Arbeiter, für die Alters-
versorgung derselben angewendet werden, — aus dem Monopolentwurf
weggeblieben ist. Auch kein Redner der rechten Seite oder vom Regie-
rungstische hat dessen Erwähnung gethan. Ja, meine Herren, vor den
Wahlen sagte man den Arbeitern: die Erträgnisse des Monopols sollen
für euch verwendet werden; und hoffte dabei die Arbeiterstimmen zu
fangen; so hat man bei der Waffe der Arbeiter allerdings kein Blick
gehört, jedoch einzelne Zigarrenarbeiter z. B. in Hamburg haben aller-
dings erklärt, daß wenn die Erträgnisse des Monopols zur Verringerung
der Leiden des Arbeiterstandes verwendet werden sollten, dasselbe dann
allerdings einen sozialistischen Belgeschmack erhalte, und man für dasselbe
zu stimmen habe.

Das Monopol ist aber schon deshalb nicht sozialistisch, weil die Er-
träge im fiskalischen Interesse allein verwendet werden sollten,
während überall, wo eine sozialistische Assoziation oder ein Staatsunter-
nehmen auf sozialistischer Grundlage eingerichtet werden soll, die erste
Bedingung sein muß, die Erträgnisse den Arbeitern
in gerechter Verteilung zuzuführen. Darin liegt, meine Herren,
der große Unterschied zwischen dem Bismarckschen Sozialismus und
unserem Sozialismus.

Wenn nun der Herr Reichskanzler zu gleicher Zeit darauf
aufmerksam machte, daß er solchen Sozialismus immer treiben würde,
wie in jener Zeit, als die preussische Regierung die Bauern emanzipiert
hat, so ist doch der Unterschied zwischen Tabakmonopol und Bauern-
emanzipation wahrlich ein ungemein großer, und der Vergleich hinkt
gewaltig. Wenn wir auch gern anerkennen, daß in der Bauern-
emanzipation ein Stück Sozialismus liegt, da eine große Klasse der
Bevölkerung von den Banden der Leibeigenschaft erlöst wurde, so ist doch
das Tabakmonopol nicht die Konsequenz von solchem Sozialismus, son-
dern diese Konsequenz wäre die allgemeine Arbeiteremanzipation.
Wenn der Herr Reichskanzler auf diesem Wege vorgeht, dann
würden wir gar keine Abneigung gegen ihn haben, wir würden ihm
gerne folgen; er wäre aber dann wirklicher Sozialist und kein Bis-
marckscher Sozialist.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete von Kardorff hat erklärt, wenn
das Monopol dem Arbeiter das Rauchen erschwere, so sei das eine gute
Erziehung, denn der Arbeiter könne durch die Bekämpfung von Luxus-
ausgaben ein Viertel seines Einkommens ersparen — aber außer einigen
liberalen sogenannten Nationalökonomien haben sich die Männer der
Wissenschaft für die Wichtigkeit des sogenannten ehernen Monomischen
Vohngesetzes erklärt. Ich will dafür drei Gewährsmänner nennen, einen
liberalen, das ist der englische Oekonom Ricardo, einen Sozialdemokraten,
das ist Vassalle, den der Herr Reichskanzler gerne zum Ontonachbar
haben wollte, und der dritte ist der Herr Rodbertus, der doch auch
als Nationalökonom eine hervorragende Stellung in konservativen
Kreisen einnimmt, und den auch jedenfalls Herr von Kardorff kennt oder
kennen muß.

(Zuruf: Das fragt sich!)

Diese drei Männer, und, wie gesagt, fast die ganze nationalökonomische
Wissenschaft hat sich über die Tragweite des ehernen Vohngesetzes geeinigt;
dieses Gesetz aber regelt den Lohn nach den landesüblichen Bedürfnissen
der Arbeiterklasse, und wenn nun nach Herrn Kardorff die Leute ein
Viertel des Lohnes durch Verminderung von Luxus ersparen sollten — ach,
so eine 3-Pennigsgarrie, was das für ein Luxusgegenstand ist! —, dann
tritt nach und nach die Thatsache ein, daß dieses Viertel Erparnis ein-
fach dem Unternehmer zugute kommt, und die Arbeiter haben ein Viertel
weniger Lohn.

(Sehr richtig! links.)

Das hätte Herr Kardorff bedenken sollen; wenn die Arbeiter ihren
„Luxus“ einschränken, dann werden sie auf das Niveau solcher Völk-
schaften herabgedrückt wie die Hinesischen Kulis, die in Amerika arbeiten,
wie die Italiener, die im südlichen Frankreich fortwährend von den
französischen Arbeitern ihrer wenigen Bedürfnisse halber und mit Recht
bekämpft werden, und wie werden noch größeren Nothstand im Lande
haben und nach Herrn Kardorff's Theorie immer ärmer werden. Es
wird dadurch, daß die Bedürfnisse in der Weise noch beschränkt werden,
weil die Arbeiter jetzt schon viel zu wenig zum Leben haben, Industrie
und Handel immer mehr geschädigt, da die große Masse des Volkes durch
ihre Bedürfnisse, ihren Konsum allein, die Produktion aufrecht erhalten
kann.

Meine Herren, von Herrn Kardorff will ich gleich zu Herrn Van-
derberger springen. Herr Vandereger hat mit ziemlich großem Pathos
— er redet gewöhnlich nicht pathetisch —, vorgelesen erklärt, daß sie,
die Herren Liberalen, durch Abschaffung des Monopols ein Stück bür-
gerlicher Freiheit sich schenken wollen. Herr Vandereger ist fast von
allen Wanderspielern, die ich kenne, der allerhöchste und allergrößte;

er sagt und hat uns hier im Reichstage gut genug gesagt: wie jetzt das
ganze wirtschaftliche Getriebe geht, so muß es sein, dadurch haben wir
die schönste aller Welten, für den Einen oder Andern allerdings ist es
traurig, wenn er bedrückt wird, aber dieser Eine oder Andere kann auch
wieder einmal wohlhabend werden und umgekehrt ein oder der andere
Wohlhabende wieder arm; darin, in diesem Konkurrenzkampf ober-
liegt die Bedingung der Kultur und Zivilisation. Ja, meine Herren,
wenn Herr Vandereger nach dieser seiner gewohnten Offenheit vor-
gegangen gesprochen hätte, dann würde er bei dieser Gelegenheit das Wort
„bürgerliche Freiheit“ nicht gebraucht haben. Ein Stück bürgerlicher
Freiheit wird durch die Abschaffung des Monopols nicht beschafft, aber
es wird dadurch ein Stück privater bürgerlicher Ausbeu-
tung in der heutigen Gesellschaft geschäft.

(Sehr richtig! links.)

Darin liegt doch ein großer Unterschied, dieser Ausbeutung aber ist
keine bürgerliche Freiheit. Auch Herr Vandereger hat für das Sozialisten-
gesetz gestimmt, dadurch aber hat er ein Stück bürgerlicher Frei-
heit vernichtet. Gewöhnlich nennt man alles das „bürgerliche
Freiheit“, welches den persönlichen Intentionen entspricht, das persön-
liche Wohlergehen heißt Volkswohl, die persönliche Freiheit Volk-
freiheit. So hätte Herr Vandereger den Ausdruck „bürgerliche Freiheit“
umschreiben müssen.

Doch weiter! Wenn Sie sich die Agitation gegen das Monopol ins
Gedächtnis rufen, so erinnern Sie sich, daß von den liberalen Parteien
benämmt worden, daß nur 11 Mark Durchschnittslohn pro Woche auf
die Monopolarbeiter — männliche, weibliche und jugendliche sind ge-
meint — kommen sollen. Wenn Sie aber die gegenwärtige private
Tabakindustrie betrachten, so bekommen in dieser die Arbeiter längst
keine 11 Mark im Durchschnitt. Aber ich bin weit davon entfernt,
den Arbeitern zu rathen, daß sie deshalb für das Monopol sich erwärmen
sollen, da ich weiß, daß die Regierung diesen Lohnsatz gar nicht inne
halten kann. Auch muß ich erklären, daß ich zu dieser Regierung, be-
sonders wie sie jetzt zusammengesetzt ist, nicht das geringste Ver-
trauen habe. Bei einem solchen Lohnsatz, der ja auch nicht einmal
genügend zu nennen ist, würden die Erträgnisse des Monopols auf die
Dauer zusammenschrumpfen, und da das Monopol lediglich dem fiskal-
ischen Interesse dienen soll, so kommt es der Regierung ja nur darauf
an, recht viel Erträgnisse für den Staat resp. die Regierung zu er-
zielen. Ich glaube deshalb, daß die 11 Mark, die im Monopolentwurf
angezeigt worden sind, zu hoch angezeigt worden sind.

Die Regierung hätte aber, wie schon gesagt, diese Lohnhöhe nicht
beibehalten können. Das aber steht fest, daß jetzt im Durchschnitt in
ganz Deutschland der Lohn einer Zigarrenarbeiterfamilie, also Mann
und Frau, oder aber eines Zigarrenarbeiters und einer Wistelmöcherin
auf 15, allerhöchstens auf 16 Mark sich beläuft, das wäre nur 7—8
Mark für die Person, also noch nicht 11 Mark. Also diese Privat-
industrie, das Stück bürgerliche Freiheit, was Herr Vandereger schätzen
will, ist auch nicht gerade zu loben vom Arbeiterstandpunkte aus. Das
Monopol ist nicht schön, aber die Privatindustrie und die Verhältnisse
in der Privatindustrie haben wahrlich auch viele Fleden und Wafel.
Wenn trotzdem die Zigarrenarbeiter den Verlockungen des Monopols in
herkömmlicher Weise Widerstand geleistet haben, wie ja auch die
Petition von 80 oder 90,000 Unterschriften, die lediglich durch Zigarren-
arbeiter angebracht sind, beweist, dann müßten die Beschäftigten der Privat-
industrie sich auch dankbar den Arbeitern gegenüber erzeigen; ja, meine
Herren, Sie sollten (nach links) Ihren liberalen Tabakfabrikanten auch
sagen, daß dieselben etwas tiefer bei der Lohnzahlung in die Tasche zu
greifen hätten, damit wenigstens im Durchschnitt für ganz Deutschland
die Lohnhöhe erreicht würde, die die Herren vom Regierungstische den
Zigarrenarbeitern im Monopolentwurf versprochen haben. Das wäre
eine gute Agitation von Ihrer Seite und das würde zeigen, daß Sie
eine gute Volksfreundschaft auch ein Bißchen ernst nehmen, als
dies durch Redensarten allein bezeugt werden kann.

Weitergehend stimme ich den Behauptungen liberaler Seite zu, daß die
Monopolarbeiter politisch abhängig von der Regierung würden, und nach
der bekannten Erklärung des Herrn Minister von Puttkamer bin ich
überzeugt, daß, wenn die Leute sozialdemokratisch wählen, sie sofort
aus den Monopolverhältnissen entlassen würden.

(Zuruf: selbstverständlich!)

und zwar wäre das dann auch ein zureichender Grund, der die Leute
ohne Entschädigung aus Brod und Arbeit brächte. Die Zigarrenarbeiter
in Deutschland sind aber nun fast alle Sozialdemokraten. Da würden
Sie (zum Regierungstisch gewendet) gar keine Arbeiter für die Monopol-
verhältnisse erhalten können oder Sie müßten mit lauter Sozialdemo-
kraten arbeiten!

(Weiterseite.)

An diese Konsequenz haben weder Herr von Puttkamer, Herr Bismarck
und auch Herr von Mohr nicht gedacht.

(Zuruf: die machen sich neue Arbeiter!)

Das würde doch wohl zu lange dauern. Doch ich glaube, wie gesagt,
daß die politische Abhängigkeit der Zigarrenarbeiter allerdings in hohem
Maße patfinden würde. Aber wie sieht es denn jetzt eigentlich aus?
Es kommt nämlich auch bei der Privatindustrie vor, daß, wenn auch
die Herren Fabrikanten selbst es nicht sagen, sie durch ihre Meister und
Obermeister den Arbeitern sagen lassen: wenn ihr sozialdemokratisch
wählt, macht euch nur auf etwas gefaßt. Es wird aber nicht direkt
mit Arbeitsentlassung gedroht; das wäre ja brutal, sähe bei Liberalen
und Fortschrittlichen auch eigentümlich aus, aber die Arbeiter haben
ein feines Gefühl und merken, wohin solche Äußerung zielt. So wird
bei den Wahlen von der liberalen Bourgeoisie, um den alten Ausdruck
wieder einmal zu gebrauchen, ebensoviel gefündigt, als von der konser-
vativen Regierung. Ob aber die Regierung die Arbeiter zwingt, sonse-
quenz zu wählen, oder ob Sie (nach links) die Leute zwingen, liberal zu
wählen, ist doch schließlich ganz einerlei dem sozialdemokratischen Arbeiter
gegenüber. Ich will Ihnen da eine sehr hübsche Illustration zum Besten
geben. Einer meiner Parteifreunde stand in der Wahl mit einem Sege-
sionisten und einem Konservativen im Kampfe. In einer Fabrik erklärte
öffentlich der Meister: wer für den Sozialisten stimmt — es war bei
der ersten Wahl, wo die drei Herren zusammen konkurrierten —, der
wird entlassen. Nun kam aber der Sozialdemokrat nicht mit dem
Segektionisten, sondern mit dem Konservativen in die engere Wahl, und
derselbe Obermeister erklärte nun im Auftrage des segektionistischen Fabrik-
anten: wenn ihr jetzt nicht den Sozialdemokraten wählt, werdet ihr
entlassen.

(Weiterseite.)

Ja, meine Herren, das ist wirklich wahr; aber bedenken Sie, wie
ein derartiges Verfahren die Korruption ins Volk trägt! Das ist ein
Schäbchen mit dem Stimmten, mit der Ueberzeugung und ist wahrlich
ebenso schlimm, als wenn Herr Puttkamer seine Beamten dazu zwingen
würde, nach seinem Sinne zu wählen. Sorgen Sie (links) deshalb auch
dafür, daß vor Ihren eigenen Thüren auch einmal rein gefeiert wird.

(Sehr gut! rechts. Zuruf.)

Herr Löwe, Sie meine ich persönlich nicht. Sagen Sie Ihren libe-
ralen Fabrikanten: behandelt eure Arbeiter menschlich, laßt tiefer in eure
Taschen, achte die Ueberzeugung eurer Arbeiter, die eben so gute Men-
schen sind, wie Ihr. Angesichts des Heroismus, mit dem die Zigarren-
arbeiter gegenüber den Verführungskünsten der Regierung gekämpft haben,
sollten sie dankbar sein.

Meine Herren, es hat der Herr Reichskanzler von Byzantinismus ge-
sprochen, wie vor dem Volke die Faktionen sich beugen müßten, um
wieder gewählt zu werden. Der Herr Abgeordnete Richter hat darauf
ganz richtig geantwortet, der schamlose Byzantinismus wäre der, der
nach anderer Richtung ausgeübt werde. Das ganze Antraten des Herrn
Reichskanzlers beweist, daß er sich sehr hoch und mächtig fühlt; aber wer
ist Schuld daran? Jeder Mensch ist das Resultat seiner Erziehung,
und Sie da (links), meine Herren, haben den Herrn Reichskanzler zu
diesem Selbstgefühl erzogen.

(Rufe: Sehr wahr!)

Meine Herren, Sie sind es gewesen, jetzt müssen Sie darunter leiden.

(Zuruf.)

— Sie alle (links) sind es mehr oder weniger gewesen, die den Herrn

Reichskanzler zum Halbgoth gemacht haben durch Ihr fortwährendes
Sichbeugen.

(Große Heiterkeit.)

Der sterbliche arme Mensch ist dann zu behauern, wenn später dieser
Halbgoth mit der Krone kommt. Aber Sie müssen sich jetzt diese Krone-
schläge gefallen lassen.

(Weiterseite.)

Wenn man sich also einen Halbgoth erzieht, muß man auch über die
Prügel nicht murren, die derselbe im Gefühl seiner Allgewalt ausreißt.

(Erneute Heiterkeit.)

So ist es, meine Herren von der Linken!

Ich will mich nun wieder zur rechten Seite wenden. Ich habe mich
besonders gewundert über einen Ausspruch, den heute der Herr Reichs-
kanzler gethan hat, indem er meinte, daß in ganz Preußen keine Familie
wäre, daß kein Haushalt wäre, welcher weniger als 140 Thaler Ein-
nahme jährlich habe. Der Herr Abgeordnete Richter hat nach der einen
Seite schon ganz treffend erwidert und auf die ländliche Bevölkerung
hingewiesen, mich also dessen überhoben; aber ich will einen andern
Einwand hier machen. Als, es war am 25. Mai 1873, die Abänder-
ung über das Klassenenergiegesetz im preussischen Abgeordnetenhaus vor-
geschlagen und genehmigt wurde, haben wir die weltbekannte Rede des
damaligen Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums, des Herrn
Camphausen, zu verzeichnen. Damals stand Herr Camphausen mit dem
Fürsten Bismarck auf sehr vertraulichem gutem Fuß; es war noch nicht
der keine Zwiespalt zwischen den beiden Herren ausgebrochen. Herr
Camphausen erklärte also als Vertreter der preussischen Regierung, daß
durch die Annahme der Regierungsvorlage 7 bis 8 Millionen Menschen
von der direkten Steuer befreit würden. Damit wurde anerkannt, wenn
man die Familie zu drei bis vier Personen rechnet, daß es über zwei
Millionen Haushalte in Preußen gab, die weniger Einkommen hatten
als 140 Thaler. Sollte sich das jetzt so geändert haben? Im Jahre
1878 hat man gesagt: der Freihandel hat alles verschlechtert! Also muß
es 1878 schlechter gewesen sein als 1873. Seit 1878 haben sich — das
kann selbst die Herren auf der Rechten nicht anders sagen — die
Verhältnisse in Preußen auch nicht so gebessert, daß die Bevölkerung
viel mehr Einkommen hätte, und man kann daher wohl die Behauptung
sich erlauben, daß, um etwas ruhig in Bezug auf die Nothwendigkeit
neuer indirekter Steuern zu maßen, der Herr Reichskanzler sich an die
früheren Erhebungen nicht mehr erinnert hat. Wenn wir aber unsere
Untersuchungen in der Lohnfrage und in dem Volkseinkommen hier mit-
theilen würden — und das wird ja bei anderen Gelegenheiten des
Nächsten geschehen können —, dann werden Sie erfahren, daß ganz
große Kreise existieren, in denen die Arbeiterfamilien im Durchschnitt
wöchentlich nur 5 Mark haben. Um an Schlesien zu erinnern, so habe
ich, bezüglich der dortigen Webergegenden, noch zu hoch gegriffen. Dort
sind Familien, die lediglich zur Nichte wohnen, die kein Häuschen, kein
Hirtchen haben und von einem Durchschnittslohn von wöchentlich 4,30
Mark bis 4,80 Mark vollständig leben müssen. Das macht aber noch
lange nicht die Summe von 140 Thalern aus, sondern ungefähr 300
bis 320 Mark. Es hat einer der Herren Vorredner schon betont, daß
das abgeschlossene Wesen unserer bürgerlichen Elemente — je höher
sie gestellt sind, desto abgeschlossener sind sie — Schuld daran ist, daß
in jenen Kreisen so wenig Verständnis für die Lage des Volkes zu finden
ist. Darum wäre es gut, wenn jene Herren einmal den Harun al Raschid
spielen möchten oder mit Sozialdemokraten auf Agitationsreisen gehen
wollten; dann würden sie das Volksvolk und die Volksnoth richtig
kennen lernen.

(Herr v. Puttkamer schüttelt mit dem Kopf.)

— Das ist allerdings kein großes Vergnügen, Herr Minister!

Meine Herren, als der Herr Reichskanzler heute Ihnen mit großem
Pathos erklärte, daß er die Massen vertritt gegenüber der Minorität,
sagte er gleich darauf, er erkenne dadurch das Prinzip der Majorität
an, der Arbeiter nämlich, aber er wolle auch das Prinzip der Intelli-
genz, der Städte, und dann nach dem Prinzip des Einflusses der
Wohlhabenheit mit anerkennen. Die großen Massen haben aber
arm, und wenn man nun das Prinzip des Einflusses der Wohlhabenheit
anerkennet, dann ist man meiner Meinung nach nicht ein guter Vertreter
der armen und enterbten Klassen, der Masse des Volks.

Meine Herren, auch bei der Reichskanzler erklärt, daß die Klassen-
steuer und die Kopfsteuer eine barbarische Einrichtung sei.
Dabei hätte er sich bei Vassalle, den er ja, wie ich schon sagte, sich als
Ontonachbar wünschte, nichts erholen sollen und würde dann erfahren
haben, was denn die indirekten Steuern eigentlich seien. Vassalle hat
in seiner berühmten Rede „die indirekten Steuern“ klar auseinandergesetzt,
daß die indirekten Steuern, besonders auf Lebensmittel u. s. w.
gelegt, genau wie die Kopfsteuer wirken.

(Sehr richtig! links.)

und ich glaube, es wird das nicht bestritten, von der Wissenschaft
wichtigens bis jetzt nicht. Wenn aber die indirekten Steuern wie die
Kopfsteuer wirken, so sind sie doch auch nach dem Ausdruck des Herrn
Reichskanzlers eine barbarische Einrichtung, und dafür er-
kläre ich dieselben hiermit.

Wenn dann Herr Bismarck behauptete: während die indirekten
Steuern eine gleichmäßigere gerechtere Verteilung
der Besteuerung in sich selbst tragen — den Nachschub habe ich mir nicht
notirt —, dann möchte ich doch auf ein ganz einfaches Beispiel aufmerk-
sam machen, und zwar ein recht altes will ich herausgreifen, das wirkt
unter Umständen drastischer. Die Naturforscher haben ausgerechnet,
daß eine Familie von fünf Köpfen ungefähr einen Zentner Salz im
Jahre braucht; der Zentner Salz wird aber mit 6 Mark besteuert, es
zählt also eine Arbeiterfamilie 6 Mark Salzsteuer jährlich. Nothwendig
und Herr Bismarck, die vielleicht hundert Mal und noch viel mehr
reicher sind, als ein niedriger Lohnarbeiter, bezahlen aber auch nur 6 M.
Salzsteuer, ich glaube sogar eher noch weniger, weil die Armen ihre
Speisen mehr salzen müssen, da sie viele Kartoffeln essen müssen, die
bekanntlich das meiste Salz bei der Zubereitung erfordern. Wie man
da von einer gerechten Verteilung der Steuern sprechen kann, und wie
man das sogar als „Anwalt des armen Mannes“, als „Vertreter der
Massen“ ansprechen kann, das ist mir unbegreiflich. Es wäre jeden-
falls vom Standpunkt des „Vertreters der Massen“ und des „Anwalts
des armen Mannes“ viel besser, anstatt der indirekten Besteuerung die
direkte, die progressive Einkommensteuer vorzuschlagen, die
dann aber auch so zugespitzt werden müßte, daß sie nach oben mit aller
Schärfe wirkt. Meine Herren, wenn man sagt, daß Herr Reichskanzler
drei Millionen Einkommen jährlich hat — was wäre denn daran ge-
legen, wenn der Staat zwei Millionen davon für sich nähme?

(Weiterseite.)

Hat der Mann denn mit einer Million nicht übergenug? Ich würde
eine Million nicht annehmen können. Auch Herr Bismarck würde bei
einer solchen progressiven Einkommensteuer nicht gut wegkommen, er
würde auch vielleicht einige hunderttausend Mark zahlen müssen von den
Erträgnissen seiner Güter und seinem Gehalte; das wäre eines „An-
walts des armen Mannes“ würdig, solche Vorschläge zu machen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, ich komme nun zum Schluß. Herr Bismarck hat an
den Patriotismus appellirt in seiner vorgelegten Rede und hat in warmen
Worten an die liberale Seite des Hauses sich gewandt. Er hat
dabei erklärt, daß die Kopfsteuer und die Klassensteuer die Auswanderung
beförderten. Ich glaube, Herr Bismarck hat Patriotismus, Vater-
landsliebe verwechselt mit Liebe zur heutigen Regierung. Das Vaterland,
je mehr es in Noth und Bedrängnis ist, liebe auch ich, lieben auch wir.
Auf die Bemerkung des Fürsten Bismarck, daß die Klassensteuer viele
Leute dazu treibe, den Lande den Rücken zu kehren, erwidere ich, daß
viel mehr Personen, und zwar mit die besten Söhne des Vaterlandes,
vertrieben werden durch das politisch-reaktionäre Regiment,
welches jetzt in Deutschland herrscht.

(Sehr wahr!)

Ich glaube, auch das deutsche Militärsystem trägt mit zu der Auswan-
derung bei; in jeder Zeitung lesen wir, daß man alljährlich einer großen
Anzahl verführender Netzen staubförmlich nachstellt. Dann liegt eine
Hauptursache zur Auswanderung in der Volkswirtschaft, die
jetzt in Deutschland in der unerhörtesten Weise herrscht,
so daß viele Leute gern dem Vaterland den Rücken kehren. Aber glaubt

man durch solches Regiment Patriotismus erzielen zu können? Wie kann man erwarten, daß das Vaterland geliebt werden soll von verfolgten und geachteten Männern? Ein solches Vaterland ist eine Rahmenmutter für die Gehechten und Verfolgten. So lange Sie das heutige Regiment und die jegige Polizeiwirtschaft nicht abschaffen, werden Sie keinen Patriotismus erwarten können.

(Bravo!)

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 28. Juni 1889.

— Willkommen! Willkommen dem Zuchthäusler, willkommen dem Meineidigen!

So rufen wir aus vollem Herzen unseren wackeren Genossen Karl Jbsen entgegen, der am 2. Juli das Zuchthaus zu Kassel verläßt, nachdem er daselbst zwei und ein halbes Jahr als „Meineidiger“ gesessen.

„Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte“, tritt unser Genosse aus dem Zuchthaus in die „Freiheit“, auf fünf Jahre hinaus hat man ihm das Brandmal der politischen Ehrlosigkeit aufdrücken wollen, — aber nicht er ist es, der sich an dem vergangen hat, was man die Befehle der Ehre nennt, sondern diejenigen, welche über ihn zu Gericht saßen, die sich seine Richter nannten.

Wir wollen dieses Schandstück deutscher Justiz, welches sich „Prozeß Jbsen“ nennt und seinerzeit Hunderttausenden in Deutschland einen gerechten Schrei der Entrüstung entlockte, hier nicht noch einmal behandeln, aber wiederholten wollen wir hier zur Begrüßung Jbsens, was der „Sozialdemokrat“ damals über sein Verbrechen schrieb: „Darum wird auch jeder vernünftige Arbeiter und Sozialdemokrat den „Verbrecher“ nach der höchsten Zuchthaus in seine Arme schließen — für uns ist der Mann ein Märtyrer, kein Verbrecher!“

Darum noch einmal: Willkommen dem Zuchthäusler!

— Als Gegenstück zu der in voriger Nummer mitgetheilten großartigen Demonstration der Berliner Arbeiter kam eine am 21. Juni stattgehabte Versammlung des „Bereins zur Wahrung der Interessen der Zimmerer Berlins“ etc. Ein Vortrag des Herrn Harici über „Herkunft und Sprache unseres Volkes“ stand auf der Tagesordnung, und während die Zuhörer auf die „Gebildeten“ unserer Nation noch immer ihre bekannte Anziehungskraft ausübte, blieben die rohen und ungebildeten Arbeiter dieser Versammlung demonstrativ fern. Noch nicht 50 Mann hatten sich eingefunden, und selbst diese machten dem Vorstand nach stattgehabtem Vortrag, in welchem sich Herr Harici mit Rücksicht auf sein Publikum jeder Abweichung vom Thema enthalten hatte, lebhaftest Vorwürfe über Wahl des Referenten und des Themas. „Der Vorsitzende“, heißt es im Bericht der Berliner Zeitungen, „belaugte tief die außerordentliche Unkenntnis der Zimmerer, und meinte, daß wenn ein Vortrag Hansenlevers angekündigt wäre, der Saal die Zahl der Theilnehmer kaum gekostet hätte.“

Dieser Vorwurf ist eine Ehre für die Berliner Zimmerer.

— Es lebe der Exekutor! Das ist unsere Losung im Gegensatz zu Bismarck, der dem Steuerexekutor den Krieg bis ans Messer erklärt hat. Der Steuerexekutor ist gewissermaßen der Gradmesser des öffentlichen Wohlstandes, wo selbst er nichts findet, da herrscht sicherlich Noth und Elend, und was auch die Liberalen dagegen schreiben mögen, Bismarck hat ganz Recht, wenn er aus der ungenügenden Summe fruchtloser Exekutionen, beziehungsweise Pfändungen in Preußen den Schluß zieht, daß große Massen des Volkes so arm sind, daß sie die Steuern nicht zahlen können. Da er die Armuth des Volkes weder abschaffen kann noch will, so will Bismarck wenigstens den Steuerexekutor abschaffen, eine Maßregel, so schön, als wollte jemand den Thermometer abschaffen, weil ihn die große Hitze plagt. Es ist etwas Fatales mit der direkten Steuer, das begreifen wir sehr wohl. Sie zeigt dem Volk, was ihm seine theuere Herren Regierer kosten, und den Herren Regierern zeigt sie mit unverkennbarer Deutlichkeit, wo etwas faul ist im Staate Dänemark; sie benimmt ihnen das bequeme „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“. Darum weg mit dieser „barbarischen“ Steuer, ziehen wir lieber als zivilisierte Volksgenossen dem armen Mann das doppelte und dreifache auf indirektem Wege aus der Tasche! Das ist der Grundtext zu Bismarcks räthselhafter Retorte, mit welcher sich übrigens seine Ständegenossen maßbürgerlicher Linie — auch ich bin ein Schnapsbrenner! — immer mehr annehmen. Die großprovinzigen Organe, „Königliche Ztg.“, „Augsburger Allgemeine“, „Hamburgischer Korrespondent“ rücken eines nach dem andern mit der Erklärung herbei, es sei wirklich kein schönes Bild, welches die Stenertabelle aufweist, darum also wieder mit dem — Thermometer!

Wir haben natürlich keinen Grund, den Thermometer des öffentlichen Wohlstandes oder richtiger des öffentlichen Nothstandes beseitigt zu sehen; so lange der Nothstand besteht, soll und muß er auch aller Welt zum Bewußtsein gebracht werden. Betrachten wir daher das Bild, welches unsern Staatsweisen, und mit Recht, heute so viel Kopfschmerzen macht, gleichfalls etwas näher:

„Im verflochtenen Jahr 1881“, heißt es, „gliederten sich die Einkommen der Erwerbenden, Selbstthätigen (in Preußen) so, daß unter den letzteren waren:

Steuersfreie *)	Erwerbende	Prozent der Gesamtzahl
Klassensteuerpflichtig:	3,931,231	= 42,94
1. Stufe: 420—600	2,709,972	= 29,60
zusammen dürftige	6,641,203	= 72,54
kleine: 600—1500	1,959,866	= 21,41
mittlere: 1500—3000	376,827	= 4,11
einkommensteuerpflichtig:		
gute: 3000—9000	155,394	= 1,69
reichliche: 9000—30000	90,124	= 0,92
sehr große über 30000	2,471	= 0,03
	9,155,885	= 100

Also die dürftigen und die kleinen Einkommen zusammen machen schon 93,95 Prozent der gesamten Erwerbenden aus.

Nicht wahr, das sind läßliche Zahlen für die Vertreter der heutigen besten aller Welten? Vorsichtigerweise unterlassen sie dabei noch die Summe des Einkommens der 2471 „sehr Großen“ anzugeben, dieselben würden nicht nur einen hübschen Kontrast zu der ungeheuerlichen Zahl der Kleinen und dürftigen Einkommen abgeben, sondern auch zeigen, wie lächerlich gering diese „sehr Großen“ im Verhältnis zu den Kleinen und Dürftigen besetzt sind. Und nun bedenke man, daß die halbe Million jährlicher fruchtloser Exekutionen, die schlechtesten Situationen, die 42,94 Prozent der selbstthätigen Staatsbürger, da dieselben überhaupt keine Steuer zu zahlen haben, gar nicht trifft, sondern sich fast ausschließlich auf die 50 Prozent der klassensteuerpflichtigen „Kleinen und Dürftigen“ beschränkt, und man wird die Angst Bismarcks und seines allerhöchsten Brodgebers begreifen. Die direkte Steuerstrafe zieht bei der großen Masse — 94 Prozent! — nicht mehr, sie nach oben hin stärker anzuziehen, würde die besten Freunde Bismarcks treffen, es müssen also andere ausgeprägtere Steuerobjekte ausfindig gemacht werden. Wie gesagt, wir begreifen und würdigen den Schmerz, den es Bismarck und seinen hohen Vätern bereitet, daß ihnen diese Objekte nicht bereitwillig apportiert werden, aber verworren und böswillig, wie wir einmal sind,

wünschen wir, daß in dem Kampf Bismarcks wider den Exekutor nicht Erstere siegen, sondern — die 94 Prozent Kleinen und Dürftigen. Bis dahin aber rufen wir: Es lebe der Exekutor!

— Noch etwas vom Rothhands-Thermometer. Die obige Stenertabelle erhält durch eine von Herrn Samter in Königsberg angefertigte Vergleichung der Ergebnisse von 1881 gegen die von 1877 erst die rechte Bedeutung. Aus derselben geht nämlich bis zur Evidenz hervor, daß die Tendenz der Bewegung in den vier Jahren eine ungünstige gewesen ist; die absolute und prozentuale Differenz der dürftigen Einkommen hat ganz erheblich zugenommen, diejenige der Einkommen zwischen 600—1500 (des kleinen Mittelstandes) dagegen abgenommen. Die Gesamtzahl der Leute mit dürftigem Einkommen hat sich um 642,136 vermehrt, diejenige der über sie hinausliegenden um 135,000 vermindert. Erstere machen 1881 3,18 Prozent der Gesamtzahl mehr, letztere 3,24 Prozent derselben weniger aus als in 1877.

Rechnet man die Angehörigen dazu — eine Berechnung, die allerdings theilweise nur auf Schätzung beruhen kann, da die offiziellen Nachweise sich in dieser Hinsicht auf die drei Gruppen der Steuerbefreiten, der Klassen- und der Einkommensteuerpflichtigen beschränken — so ergibt sich für 1881 folgendes Bild:

	Köpfe	Proz. der Gesamtbevölkerung.
Die Steuerbefreiten zählen	7,825,781	= 29,29
Die Einkommen von 420—600 M.	8,818,340	= 33,1
Die dürftigen Einkommen zusammen also	16,644,121	62,30
Die kleinen Einkommen von 600—1500 M.	7,906,542	29,59
Die mittleren Einkommen von 1500—3000 M.	1,520,119	5,69
Die guten Einkommen von 3000—9000 M.	563,922	2,11
Die reichlichen Einkommen von 9000—30000 M.	173,030	0,28
Die sehr großen Einkommen über 30000 M.	8,967	0,03
	26,816,701	100

Die Vergleichung mit 1877 liefert hier ein noch ungünstigeres Ergebnis, als wenn man bloß die Erwerbenden ins Auge faßt.

Gibt es eine verächtlichere Kritik unserer heutigen Zustände als diese nackten Zahlen? Und nun kommt das Alerhöchste, wir finden sie in der „Norddeutschen Allgemeinen“ als einen Beweis dafür angeführt, daß eine progressive Einkommensteuer auf die reichlichen und sehr großen Einkommen nicht genug einträgt, weshalb den Kleinen und Dürftigen die wichtigsten Lebensmittel noch mehr besteuert werden müssen. O Volk der Decker, wie müssen Euch diese Schufte verachten, daß sie so schamlos mit Dir zu spotten wagen!

— Auch ein kritischer Gesichtspunkt. So betitelt sich eine Feuilletonnotiz, welche jetzt durch die Zeitungen geht und auch von demokratischen Blättern mit Behagen angezitiert wird. Sie lautet:

„In der internationalen Kunst-Ausstellung in Wien besah sich jüngst ein Arbeiter die vielen, oft überproportionalen und riesig endlich entrüstet: „Es ist ein Skandal, so viel Leinwand zu verderben, während so viele Arme nicht mal das Hemd auf dem Leibe haben!“

Vielleicht hat „der Arbeiter“ nicht so ganz unrecht gehabt; denn es gibt unzweifelhaft sehr viel Gemälde, deren Leinwand weit vortheilhafter zu Hemden verwandt worden wäre.

Allein, eine Satire auf unsere modernen Sublimaler hat der Verfasser obiger Notiz nicht liefern wollen; sein Zweck war offenbar die „Kohheit“ und „Ungebildetheit“ unserer Arbeiter zu zeigen, die angeblich gar keinen Sinn haben für Kunst und die höheren Genüsse des Lebens.

Natürlich ist die Anekdote richtig. Denn bei unseren Arbeitern herrscht durchschnittlich eine weit höhere Verehrung für Kunst und Wissenschaft, als unter allen übrigen Klassen der Gesellschaft, und wir sind überzeugt, es gibt nicht einen Arbeiter (der diesen Namen verdient), welcher der obigen Äußerung in dem Sinne, wie sie verstanden ist, fähig gewesen wäre. Unsere Arbeiter haben von der Kunst und Wissenschaft unserer Zeit, die ja eine feile, korrupte, prostituierte Kunst und Wissenschaft ist, eher einen zu hohen Respekt.

Woh! aber finden sich in den sogenannten gebildeten Klassen zahlreiche Individuen, denen eine solche Äußerung wohl ja zuzutrauen wäre. Sind z. B. etwa die Kunststücker selten, die ihre Gemälde nach der räumlichen Größe kaufen, weil sie dieselben zu Tapetierzwecken verwenden wollen? Ein Gemälde zur Tapete herabgewürdigt, ist doch sicherlich nicht minder „barbarisch“ als die Verwendung von Gemälden zu Hemden, die unter Umständen im Kunstinteresse wie im philanthropischen Interesse sehr praktisch sein könnte? Und — doch wir wollen ja keinen Artikel über die Kunstbarbarei unserer herrschenden Klassen und „leitenden Kreise“ schreiben. Wenig — wenn die Bourgeoisie zeigen will, welche rohe und gemeine Anschauungen in Bezug auf Kunst obwalten, dann lasse sie gefälligst die Arbeiter ungehört und setze vor der eigenen Thüre.

— Der Antrag Phillip's beschäftigt jetzt lebhaft die deutsche Presse, und kein Tag vergeht, ohne daß sie für denselben sich ins Zeug legt. Das ist an sich nun recht gut. Der Zweck des Antrags ist: unschuldig Verurtheilten, deren Unschuld sich herausstellt, eine Entschädigung zu geben — ein durchaus billiges Verlangen, dem beiläufig die sächsische Gesetzgebung in Form der sogenannten „Sachschuß“ bis zur Einführung der in fast jeder Hinsicht, auch juristisch, einen schmachvollen Rückschritt bedeutenden Reichsstrafgesetzbuch Rechnung getragen hat. Also gegen den Antrag haben wir nichts einzuwenden; im Gegentheil, wir wünschen ihm den besten Erfolg. Um so aufrechter, als es ja ein sozialdemokratischer Antrag ist. Und das bringt uns zu dem Punkt, der diese Noth veranlaßt hat. Der jetzt auf den Namen des Abgeordneten Phillip's getaufter Antrag ist vollkommen identisch mit dem von Frohme und den übrigen sozialistischen Abgeordneten in der vorigen Reichstagsession eingebrachten Antrag. Damals wurde der Antrag von der gesamten Presse todtgeschwiegen, und die Herren Fortschrittler verweigerten sogar ihre Unterschriften. Warum? Weil der Antrag von sozialdemokratischer Seite kam, und den Sozialdemokraten darf nicht das Bedenken gelassen werden, etwas Gutes beantragt zu haben.

Aber zum Besten zu werden sind Sozialdemokraten gut — gerade wie der Herr Bourgeois, der „kleinen“ Arbeiter verachtet, es aber doch nicht unter seiner Würde hält, ihn auszubeten und zu bestechen. Den Sozialdemokraten wurde der Antrag einfach gestohlen; die Herren Fortschrittler annectirten ihn sans lacon und machen nun, unterstützt von der gesamten Bourgeoisie, eifrig Propaganda für den gestohlenen Antrag, den sie, so lange er noch seinen richtigen Eigenthümern, den Sozialdemokraten, gehörte, todtgeschwiegen und zu unterdrücken gesucht hatten.

Es ist dies ein neuer Beweis dafür, wie wir von unseren Gegnern nicht einmal die einfachste Loyalität (Anständigkeit) zu erwarten haben. Nun — nicht wie ich finde, es denen diese Loyalität zu Unrecht gereicht. Sie charakterisirt unsere Feinde und drückt ihnen das Brandmal niedriger Gefinnung auf.

— Ein internationaler Hungerturnier wird, so lesen wir jetzt in den Zeitungen, von den Jüngern des Dr. Tanner humbergischen Angebentens für die nächste Zeit projectirt. Alle Länder der Erde sollen ihre geliebtesten und besten Hungerer stellen und die Nation, deren Hungerer das Beste im Jahre des Hungers erleben, erhält die Palme des Sieges. Wie dächten, die Jünger des Dr. Tanner gäben sich da eine recht überflüssige Mühe, wenn das internationale Hungerturnier, welches sie planen, ist längst inszenirt, geht seit Jahrzehnten, ja schon seit Jahrhunderten vor sich, seit es Menschen gibt, die von der Ausben-

tung ihrer Mitmenschen leben und mit deren zu Waaren verdichteter Arbeit Schacher treiben. Auf großem Fuß ist dieses internationale Hungerturnier aber erst von unserer modernen Bourgeoisie eingerichtet worden, welche die nationale und die internationale Ausbeutung auf die Spitze getrieben hat. Sie hegt innerhalb der Nation den einen Proletariat gegen den andern und auf dem Weltmarkt die Proletarier eines Landes gegen die des andern. Und dieser nationale und internationale Konkurrenzkampf des Proletariats ist nichts anderes als ein nationales und internationales Hungerturnier — ein großes Welt-hungern, bei welchem es sich darum handelt, wer am besten das Hungern auszuhalten und seinen Konkurrenten zu Tode hungern lassen, ohne selbst Hungern zu sterben. In diesem nationalen und internationalen Wettkampfe hat bis jetzt der Chinese und Kuli das meiste Talent entwickelt — er schlägt sogar den Schweden und Italiener, und wenn die Bourgeoisie Weiserin in Staat und Gesellschaft bleibt, wird der Chinese und Kuli — falls nicht ein talentvollerer Hungerleider entdeckt wird — endgiltig als Sieger hervorgehen in dem internationalen Hungerturnier und auf den Leichen der todtgehungenen Proletarier anderer Nationalität mit seinem abgemagerten Leib das Fundament für das tausendjährige Reich der Bourgeoisie bilden.

— Aus Leipzig, 23. Juni, wird uns geschrieben: So wäre das große Werk denn glücklich gelungen: die sächsische Regierung hat ihren Antrag auf Verhängung des Belagerungszustandes über Leipzig und Umgegend richtig im Bundesrath eingebracht, richtig in zweiminütiger „Rede“ des Herrn Gesandten (jedoch nicht „Geschichten“ — siehe die bekannte Saphir'sche Unterscheidung) v. Kostj-Ballwitz (nicht zu verwechseln mit dem Minister gleichen Namens, dem er jedoch in puncto des Geistes und Charakters sehr ähnlich ist) „begründet“ und binnen einer halben Minute, d. h. der Zeit, welche die anwesenden Bundesrathsmitglieder zum Zafagen gebrauchten, auch durchgeführt. Das Vaterland im Allgemeinen und die Stadt Leipzig nebst Umgegend im Besondern sind auf ein weiteres Jahr gerettet, der alte Döbber und der junge Richter können sich einige Monate der Ruhe gönnen und wir werden einige Zeit lang von Verschwörungen, Verschwörungsergüssen, Verschwörungsentdeckungen und sonstigen Staatsretterien verschont bleiben. Etz!

Die zweiminütige „Begründung“ des Herrn von Kostj-Ballwitz war natürlich nur eine Beugnahme auf die Prozesse und Verhaftungen der letzten Wochen und die dadurch bewiesene Ungebildetheit der „Masturtpartei“. Herr Kostj-Ballwitz hätte sich die Sache noch leichter machen können. Die 2 Minuten waren die reinste Zeitverschwendung; und Herr Kostj-Ballwitz weiß ja, daß Zeit Geld ist, wiewohl letzteres er sehr zu schätzen versteht. Den „Beweis“ unserer „Gemeingefährlichkeit“ schenken wir ihm mit Vergnügen. Die Sozialdemokratie ist nicht nur „ungebessert“, sie ist auch unverbesslich. Das „Befändnis“ macht jeder Sozialdemokrat gerne und rüchlos. Also, da man nun einmal die Sozialdemokratie als solche unterdrücken will, wozu das feig-kindliche Suchen nach „Gründen“, die doch nur Vorwände sind, und obendrein ganz alberne, lächerliche und verächtliche Vorwände? Mögen unsere Feinde doch endlich einmal den Muth haben, die Wahrheit zu sagen! Nun — die Heuchelei, hat ein Franzose gesagt, ist ein Kompliment, welches das Kaiser der Tugend macht. Die heuchlerische Verlogenheit, die unsere Feinde im Kampfe gegen uns entwickelt, ist ein Kompliment für uns, denn sie zeigt, daß unsere Feinde selber der heimlichen Uebergangung sind, mit der Wahrheit und mit ehrlichen Waffen nichts gegen uns ausdrücken zu können.

Der arme Tante, der eine sehr zahlreiche Familie hat, wird fortwährend in Haft gehalten. Und was hat er gethan? Ich schrieb es schon: er gilt für den Verfasser der: „Ein alter Kämpfer“ gezeichneten Erklärung in Nr. 9 des „Sozialdemokrat“. Ich habe diese Aufschrift wieder und wieder gelesen und finde darin auch nicht den leisesten Anhaltspunkt für eine Anklage. Das einzig Verbrecherische ist augenscheinlich die Thatsache des Schreibens an den „Sozialdemokrat“. Indes dieses Verbrechen ist nicht strafbar; und so wird man den braven Tante, nachdem man ein paar Wochen ihn im Gefängnis und seine Familie in der peinigenden Ungewißheit „hat zappeln lassen“ — wie ein Herr Polizeier sich freundlich ausdrückte — wieder in Freiheit (mit Gänsefüßchen) setzen und — ausweisen. Das ist aber für Tante und seine Familie der sichere Ruin, da ein Mann in seinen Jahren und mit so vielen Kindern nirgends mehr dauernde Beschäftigung findet. Doch was liegt den Herren daran, die den Belagerungszustand für die Aufrechterhaltung ihrer Schandwirtschaft nöthig haben! Die Staatsraison, gleich der Nationalökonomie jenes englischen Parlamentsmitgliedes, hat und kennt kein Herz.

Bemerkt sei noch, daß Tante das Opfer der Schwahehaftigkeit ist, einer Krankheit, die unter unseren Genossen leider immer noch grassirt, ähnlich wie die Sucht, Briefe von Parteigenossen auszuheben. Wann begreift endlich ein Jeder von uns, daß wir im Kriegszustand leben und vor einem Feinde stehen, der weder Rücksichten der Humanität noch des Anstandes kennt? Jeder Sozialdemokrat muß in jedem Nichtsozialdemokraten einen Feind sehen, von dem er sich jeden Augenblick des Schlimmsten zu versehen und gegen den er stets auf der Hut zu sein hat.

Nur nicht gemüthlich! Im politischen Kampfe ist Gemüthlichkeit aller Laster Anfang.

— Auf nach Japan! In Berlin befindet sich angeblich ein japanischer Minister, um dort die preussische Verfassung zu studiren, damit dieselbe in acht Jahren in Japan eingeführt werden könne. Da ist ja begründete Aussicht vorhanden, daß die Japanesen noch eher zu einem Unterrichts- und Ministerverantwortlichkeitsgesetz gelangen als die Preußen, welche seit dem Heßig ihrer schönen Verfassung — schier dreißig Jahre bist du alt, hast manchen Sturm erlebt! — auf diese ihnen in derselben zugesagten Gesetze warten.

— Aus Frankreich. Ein Alt in jamaer Klassenjüdis spielt sich vorige Woche in Noanne ab, dem Schauplatz des großen Weberaufstandes vom Februar und März dieses Jahres. Durch den frohen Uebermuth von 11 Fabrikanten waren damals an 400 fleißige Arbeiter mehr als 40 Tage auf's Pflaster geworfen worden, bis sie endlich, durch den Hunger gezwungen, sich in das Joch des Kapitals fügen mußten. Wie immer, so wurden auch hier diejenigen Arbeiter, welche besonders für die Sache ihrer Genossen eingetreten oder von ihnen durch Vertrauensämter ausgezeichnet worden waren, auf den Hungertodt gesetzt, man verweigerte ihnen runderweg die Wiederaufnahme der Arbeit.

Unter diesen Gedächtnen befand sich ein 19-jähriger Arbeiter, Alphonse Journier, die einzige Stille seiner Mutter. Als er trotz aller Bemühungen keine Arbeit finden konnte, als er sah, daß man ihn kalten Blutes den Hungertode überliefern wollte, da packte ihn die Verzweiflung, und um sich zu rächen, versuchte er es, den Präsidenten seiner Grisen, den Anführer des Arbeiterauschusses, den Führer der Fabrikantenkoalition, einen gewissen Brohard, zu erschlagen. Er wurde, nachdem er einen Schuß abgeseuert, verhaftet und am 21. Juni vor die Geschworenen von Noanne — sämtliche Erzbourgeois — geführt.

Journier's Verhöf gestaltete sich zu einer bitteren Anklage gegen die heutige Ausbeuterklasse. Der Präsident selbst mußte das anherordenlich ehrenhafte Vorleser Journier's, der von seiner frühesten Jugend an die Leidensgeschichte des modernen Proletariats durchgeföhrt hatte, hervorheben. Die ergreifende Einfachheit schilderte der junge Arbeiter die schreckliche Lage, in welche er und seine Mutter durch die Grausamkeit der Ausbeuter gebracht waren. Er stellte seine That nicht in Abrede, aber er befrucht heilig, durch irgend Jemand, sei es eine Person oder ein Komitee dazu angeleitet zu sein und erklärte, wohl mit

*) Das heißt unter 400 Mark Jahres- bzw. 8 Mark Wochenlohn.

